



Bundesamt für Strahlenschutz

# PRESSEMITTEILUNG

13. Oktober 2010

16/10

## **König: Beim Ausbau des Stromnetzes frühzeitig auf Fragen des Strahlenschutzes eingehen**

### **Ausbau des Netzes mit den betroffenen Menschen planen**

Der zügige Ausbau der Stromnetze ist die Voraussetzung für das ambitionierte Ziel der Bundesregierung, bis 2050 80 Prozent des Strombedarfs in Deutschland mit erneuerbarer Energie zu decken. Dabei müssen Fragen des Strahlenschutzes von Anfang an berücksichtigt werden. Das betonte der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, heute anlässlich der Veröffentlichung des Jahresberichtes der Behörde in Salzgitter. „Für eine moderne Energieversorgung ist es von zentraler Bedeutung, das Stromnetz zu erneuern und auszubauen“, so König. Die betroffenen Menschen müssten jedoch frühzeitig mitgenommen und dürften nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. „Die Bürgerinnen und Bürger sollten bereits bei der Planung der Stromtrassen einbezogen und anschaulich über Vorteile, aber auch wissenschaftliche Unsicherheiten informiert werden.“ Nur so könnten Vertrauen in die Sicherheitsbewertung und die notwendige Akzeptanz für den Ausbau des Stromnetzes erreicht werden. So weckt der Bau neuer Stromtrassen häufig Befürchtungen, die neuen Leitungen könnten zu Strahlenbelastungen führen, die sich auch gesundheitlich auswirken.

Das BfS hat in einer aktuellen und im Jahresbericht zusammengefassten Studie die von Stromtrassen ausgehende elektrische und magnetische Strahlenbelastung untersucht. Die Untersuchung zeigt, dass diese in unmittelbarer Umgebung der Stromtrassen am höchsten ist und danach stark abfällt. Nach derzeitigem wissenschaftlichen Stand sind

unterhalb der Grenzwerte keine gesundheitlichen Auswirkungen durch die Felder von Freileitungen zu befürchten. Bei der Bewertung möglicher Auswirkungen niedriger Magnetfeldstärken in Wohngebäuden auf Kinder besteht noch wissenschaftlicher Untersuchungsbedarf. König: „Stromtrassen sollten aus Sicht des Strahlenschutzes so geplant werden, dass sie möglichst nicht zu einer zusätzlichen Strahlenbelastung führen.“ Das bedeutet beispielsweise, dass neue Leitungen nicht durch Wohngebiete geführt werden sollten. Wo dies nicht möglich ist, sollten anhand der konkreten Situation vor Ort Maßnahmen getroffen werden, um die Strahlenbelastung zu reduzieren. Das kann beispielsweise durch die unterirdische Verlegung mit Erdkabeln geschehen, aber auch durch bauliche Veränderungen von Freileitungen.

Beim Bau neuer Stromtrassen muss aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden. Der Blick auf die durch den Ausbau des Mobilfunknetzes ausgelöste zum Teil große Verunsicherung sollte eine Mahnung sein. Wissenschaftlich nicht selten unbegründete, aber von den Menschen gleichwohl empfundene Gesundheitsrisiken, können zu erheblichem Widerstand, Zeitverzögerungen und Kostensteigerungen führen. „Wer ein zukunftssicheres Stromnetz zügig aufbauen will, muss sich rechtzeitig um die Ängste und Fragen der betroffenen Menschen kümmern“, stellte der Präsident des BfS fest.

König verwies in Bezug auf die Bürgerbeteiligung auf die Erfahrungen des BfS bei der Sanierung der Asse, ein Schwerpunkt des heute veröffentlichten Jahresberichts. Das BfS hat bei der Asse eine neue Form der Bürgerinformation und -beteiligung eingeführt, durch die das Vertrauen in das Handeln staatlicher Institutionen verbessert wird.

Der BfS-Jahresbericht kann kostenlos beim BfS bestellt werden und ist im Internet unter [www.bfs.de](http://www.bfs.de) als PDF verfügbar.

## I Verantwortung für Mensch und Umwelt I

Herausgeber:

Bundesamt für Strahlenschutz  
Pressereferat  
Florian Emrich, Werner Nording, Anja Schulte-Lutz

Postfach 100149  
38201 Salzgitter

Telefon: +49 30 18333 - 1130  
Telefax: +49 30 18333 - 1150

Internet: [www.bfs.de](http://www.bfs.de)  
E-Mail: [presse@bfs.de](mailto:presse@bfs.de)